

Marc Debus (Konstanz)

## Annähern oder Distanzieren?

### Strategische Positionierung von FDP, VdU und FPÖ zwischen 1949 und 2002

*Seit 1949 verfügen Deutschland und Österreich über ideologisch wie numerisch ähnliche Parteiensysteme. Während jedoch in der Bundesrepublik Koalitionen aus großer und kleiner Partei die Regel waren, bestanden in Österreich vorwiegend große Koalitionen. Ziel dieses Aufsatzes soll sein, durch eine Kombination von koalitions- und spieltheoretischen sowie historischen Ansätzen die Ursachen für die unterschiedliche Strategie und Stellung von FDP, VdU und FPÖ im jeweiligen Koalitionsspiel zu bestimmen. Die empirische Analyse von Wahlprogrammen zeigt, dass die FDP häufig programmatische Positionen einnimmt, die der ihres gewünschten Koalitionspartners widersprechen, wohingegen VdU bzw. FPÖ sich inhaltlich vielfach der Partei annähern, die Signale zur Bildung einer „kleinen Koalition“ aussendet. Das Eintreten dieser strategischen Bewegungen hängt jedoch davon ab, welcher ideologische Flügel zum Zeitpunkt einer Wahl die jeweilige Partei dominiert.*

*Keywords: Koalitionstheorien, Verhandlungstheorien, innerparteilicher Konflikt, Liberale Parteien, Wahlprogrammanalyse  
coalition theories, bargaining theories, intraparty conflict, liberal parties, analysis of election manifestations*

#### 1. Einleitung

Als sich Anfang 2000 in Österreich die Bildung einer Koalitionsregierung aus Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei (FPÖ) abzeichnete, brach in Österreich wie auch in den Staaten der Europäischen Union (EU) ein Sturm der Entrüstung los (Hummer/Pelinka 2002, 23f.). Hintergrund war der rechtspopulistische Charakter der FPÖ und ihres Vorsitzenden Jörg Haider, der dann weder das Amt des Bundeskanzlers noch einen Ministerposten im neuen Kabinett übernahm (Fallend 2001, 243; Müller/Jenny 2004, 309). Zuvor war die FPÖ nur einmal an einer österreichischen Regierung als Koalitionspartner beteiligt gewesen. Zieht man als Vergleich das numerisch wie ideologisch ähnlich angeordnete Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland heran (Pelinka/Plasser 1988, 20; Laver/Hunt 1992, 56), dann

stellt sich die Frage, warum die Freien Demokraten (FDP) die Partei mit der längsten Regierungspartizipation waren, hingegen die FPÖ nur von 1983 bis 1986 und seit 2000 Teil einer Koalitionsregierung in Österreich war.

Im folgenden soll zunächst untersucht werden, warum die FPÖ bzw. ihr Vorgänger, der „Verband der Unabhängigen“ (VdU), aus dem österreichischen Koalitionsspiel ausgeschlossen waren, hingegen aber die FDP an fast allen Bundesregierungen beteiligt war. Darauf aufbauend ist zweitens der Frage nachzugehen, ob und inwiefern sich dies auf die programmatische Positionierung der beiden Parteien ausgewirkt hat.

Mit Hilfe von koalitions- und verhandlungstheoretischen wie auch historischen Erklärungsansätzen soll gezeigt werden, dass es unterschiedliche Anreize für FDP, VdU und FPÖ hinsichtlich ihres programmatischen Verhaltens gab. Unter Verwendung der in Wahlpro-

grammen geäußerten Positionen der Parteien macht die Analyse deutlich, dass die FDP vielfach die Distanz zum gewünschten Koalitionspartner vergrößert. Dies geschah insbesondere dann, wenn der dem künftigen Regierungspartner kritisch gegenüberstehende innerparteiliche Flügel der Liberalen geringen Einfluss innerhalb der Parteiführung hatte. Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass sich VdU und FPÖ in Schlüsselsituationen der großen Partei annähern, die eine Bereitschaft zur Bildung einer kleinen Koalition erkennen lässt, jedoch während ihrer Liberalisierungsphase den deutschnationalen Flügel dabei berücksichtigen mussten. Um zu diesen Resultaten zu gelangen, müssen zunächst die hier relevanten theoretischen Grundlagen beschrieben werden. Im darauffolgenden Abschnitt ist auf Kontextfaktoren des Parteienwettbewerbs, insbesondere auf die innerparteiliche Heterogenität von FDP, VdU und FPÖ einzugehen. Im dritten Abschnitt werden die Erwartungen hinsichtlich des programmatischen Verhaltens von FDP und VdU bzw. FPÖ durch eine Analyse der programmatischen Positionen der Parteien überprüft.

## 2. Koalitionsbildung und Parteienverhalten

Nach Downs' (1957) Theorie des Parteienwettbewerbs positionieren sich Parteien auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Achse so, dass sie ihren Stimmenanteil bei Wahlen maximieren. Aber auch andere, an Koalitionsbildung und Regierungshandeln ausgerichtete Ansätze bieten Anknüpfungspunkte für die Erklärung der programmatischen Positionierung von Parteien – insbesondere dann, wenn es sich um kleine Parteien handelt. Für die Beteiligung einer kleinen Partei an der Regierung bedarf es nicht nur eines hinreichenden Stimmenanteils. Vielmehr erhöht insbesondere eine pivotale Stellung im ideologischen Raum die Wahrscheinlichkeit für eine Berücksichtigung im Koalitionsspiel.

Die Koalitionstheorie kennt mehrere Ausrichtungen, von denen zwei das Forschungsfeld dominieren. Mit der Annahme von ausschließlich an *office* orientierten Parteien sollten sich

kleine oder kleinstmögliche Gewinnkoalitionen bilden (von Neumann/Morgenstern 1944; Riker 1962). Die zweite koalitionstheoretische Richtung berücksichtigt daneben die programmatischen Positionen der Parteien. Nach Axelrod (1970) sollten die Parteien eine kleine Gewinnkoalition bilden, die auf einer Links-Rechts-Dimension benachbart sind, während De Swaan (1973) ableitet, dass die Parteien mit der geringsten Distanz auf dieser Dimension eine gemeinsame Regierung bilden sollten (*closed minimal range*).

Dem mit der Verwendung von nur einer Dimension verbundenen Informationsverlust kann mit dem Heranziehen mehrdimensionaler Koalitionsmodelle vorgebeugt werden (Schofield 1995; Laver/Shepsle 1996). Diese können Forschungsergebnisse aus der politischen Soziologie wie das *cleavage*-Konzept von Lipset und Rokkan (1967) berücksichtigen, das vom Bestehen langfristig den Parteienwettbewerb und das Wählerverhalten prägenden Konfliktlinien ausgeht. Im Falle Deutschlands und Österreichs ist neben dem sozioökonomischen *cleavage* eine religiös-säkulare Konfliktlinie erkennbar, die vor allem in gesellschaftspolitischen Fragen zu einer Polarisierung zwischen den Parteien führt (Jagodzinski 1999). Die aus ExpertInnenbefragungen (Laver/Hunt 1992; Laver/Benoit 2005) gewonnenen politikfeldspezifischen Positionen machen deutlich, warum die FDP im Sinne der angeführten Koalitionstheorien beim Koalitionsbildungsprozess in Deutschland in einer pivotalen Lage war. Sie wies eine geringere Distanz zu den Unionsparteien (CDU/CSU) in sozioökonomischen Fragen und zu den Sozialdemokraten (SPD) im gesellschaftspolitischen Themengebiet, verglichen mit dem Abstand zur jeweils anderen Volkspartei, auf. Ein sozialliberales Bündnis bildete somit in der Gesellschaftspolitik und eine Allianz von CDU/CSU mit der FDP in wirtschaftspolitischen Themen eine Koalition mit geringster ideologischer Reichweite. Auf dem jeweils anderen Politikfeld konnte die FDP dann die – ihr vielfach nachgesagte – Korrektivfunktion zur Mitte einnehmen.

In Österreich wäre nach der Theorie des *closed minimal range* von De Swaan (1973) der

ideale Koalitionspartner der ÖVP die FPÖ gewesen, da auf beiden Dimensionen die Distanz zwischen diesen beiden Parteien kleiner war als zwischen Volkspartei und SPÖ. Umso erstaunlicher ist, dass sich stattdessen Koalitionen aus den beiden großen Parteien gebildet haben, was nicht nur den an Politikinhalten ausgerichteten, sondern auch den *office*-orientierten Koalitionstheorien widerspricht. Dies legt die Vermutung nahe, dass zum einen die programmatischen Positionen der österreichischen Parteien nach 1949 nicht durch zeitlich statische Expertenbefragungen wiedergegeben werden können und bzw. oder dass andere – etwa politisch-kulturelle – Kontextfaktoren die Bildung einer „kleinen Koalition“ verhindert haben.

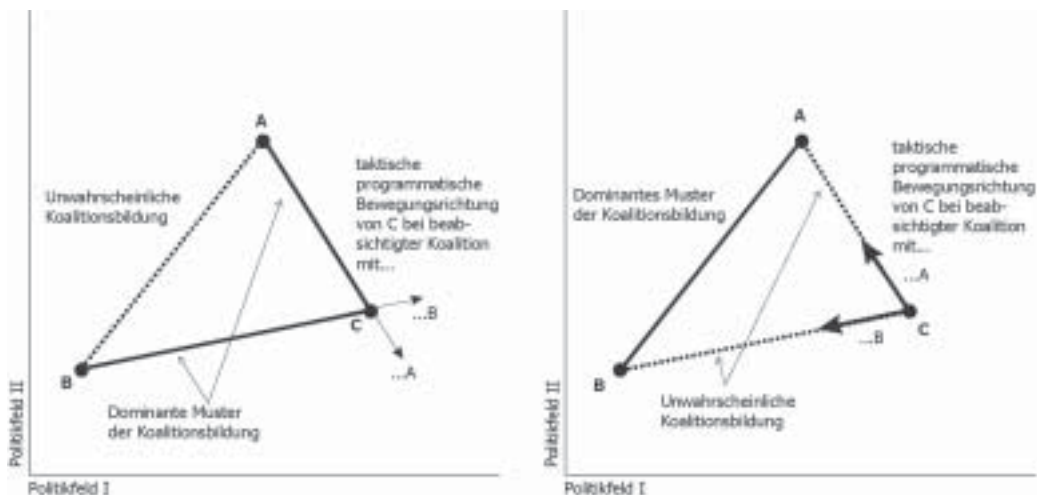
Ein Anknüpfungspunkt für die Erklärung der programmatischen Positionierung von Parteien im Kontext des Koalitionsspiels bieten Verhandlungstheorien. So unterscheidet Peleg (1981) zwischen dominanten und nicht-dominanten Spielern im Koalitionsbildungsprozess. Die an Mandaten größte parlamentarische Partei hat dieser Theorie zu Folge mehr Möglichkeiten, minimale Gewinnkoalitionen zu bilden und ist daher der dominante Spieler. Diese Perspektive wurde von van Deemen (1991) durch die Berücksichtigung der Parteipositionen auf einer Links-Rechts-Dimension erweitert.

Danach nimmt eine Partei die Position des zentralen Spielers ein, wenn deren Fraktion den Parlamentsabgeordneten mit der Median-Position einschließt. Somit können nicht nur numerisch große, sondern auch kleine Parteien aufgrund ihrer ideologischen Position in eine pivotale Stellung gelangen.

Differenziert man weiterhin Parteien nach der von ihnen ausgewählten Form der Nutzenmaximierung (Strøm/Müller 1999), dann sollten primär an der Durchsetzung von Politikinhalten orientierte Parteien, die zusätzlich über eine pivotale Stellung im jeweiligen Parteiensystem verfügen, nicht ihre „eigentliche“ programmatische Position im Vorfeld einer Wahl artikulieren. Vielmehr sollten sie eine radikalere Haltung auf einem bestimmten Politikfeld einnehmen, um den eigenen Standpunkt in den Koalitionsverhandlungen besser durchsetzen zu können. Verstärkt werden sollte dieser Effekt dann, wenn die *policy*-orientierte und pivotale Partei als numerisch klein gelten kann. In Folge dessen kann sie gemäß den Annahmen der *office*-orientierten Koalitionstheorie davon ausgehen, dass sie als Koalitionspartner gegenüber an Mandaten stärkeren Parteien präferiert wird.

Die in Abbildung 1 dargestellte beispielhafte Parteienkonfiguration zeigt die zu erwartenden Positionsveränderungen einer kleinen Partei

Abbildung 1: Koalitionsbildungsmuster und programmatische Positionsveränderung einer kleinen Partei C in numerisch wie ideologisch ähnlichen, koalitionspolitisch jedoch unterschiedlichen Parteiensystemen mit A und B als großen Parteien



tei. Während im links dargestellten System kleine Koalitionen gegenüber großen Mehrheiten präferiert werden, was die kleine Partei in eine Schlüsselfunktion bringt, so stellt in der rechts aufgeführten Konstellation eine Regierungskoalition aus den beiden großen Parteien A und B die dominante Koalition dar. Im erstgenannten Fall ist der Anreiz für Partei C groß, eine gegenüber dem am stärksten präferierten Koalitionspartner abweichende Position einzunehmen, um somit in eine bessere Verhandlungsposition zu gelangen. Hingegen sollte im zweiten Beispiel Partei C aufgrund der bestehenden Proto-Koalition zwischen A und B sich auf eine dieser beiden großen Parteien zu bewegen, um den Anreiz für jeweils eine der beiden großen Parteien zur Bildung einer kleinen Regierungskoalition zu erhöhen.

Diese beiden idealtypischen Beispiele können auf den Parteienwettbewerb und die Koalitionsbildung in Deutschland und Österreich nach 1949 übertragen werden. Bestand in Österreich von 1945 bis 1966 und von 1987 bis 2000 eine Koalitionsregierung beider großen Parteien, so war dies in Deutschland nur von 1966 bis 1969 der Fall (Pelinka 2002; Rudzio 2002). Woher resultiert aber diese unterschiedliche Struktur der Koalitionsbildung in diesen beiden Ländern und gibt es neben strategischer programmatischer Positionierung noch andere Möglichkeiten von FDP, VdU und FPÖ, die verhandlungstheoretisch betrachtet den Nutzen dieser Parteien erhöhen?

### 3. Kontextfaktoren der Koalitionsbildung in Deutschland und Österreich: Koalitionskultur und innerparteiliche Heterogenität

Die von Laver und Schofield (1998, 7f.) als Kontrast zur spieltheoretischen Ausprägung der Koalitionstheorie als „europäisch“ bezeichnete Variante bezieht neben den *office-* und *policy-*Präferenzen der Parteien Kontextfaktoren in die Analyse mit ein. Solche sind neben institutionellen Faktoren – manifestiert im landesspezifischen Grad des Parlamentarismus, des Föderalismus und des jeweiligen Wahlsystems

– auch politisch-soziologische, historische und handlungstheoretische Variablen wie die Prägestärke von *cleavages*, das Ausmaß der innerparteilichen Heterogenität oder die Dominanz eines bestimmten Musters der Koalitionsbildung (Dodd 1976; Hogwood 1999; Kropp 1999). Franklin und Mackie (1983) führen zwei weitere Faktoren (*familiarity* und *inertia*) zusätzlich zur Stärke der Parteien im Parlament sowie deren programmatischer Position als Kriterien des Koalitionsbildungsprozesses an. Um erhöhte Transaktionskosten zu vermeiden, sollten solche Parteien als Regierungspartner bevorzugt werden, mit denen bereits Erfahrungen in Koalitionsregierungen gesammelt wurde. Aufbauend darauf argumentiert Hogwood (1999, 34f.), dass Parteien, die durch interne Zerstrittenheit und Flügelkämpfe gekennzeichnet sind, einen hohen Unsicherheitsfaktor für eine Koalitionsregierung bedeuten. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn die entsprechende Partei in der Position ist, dass durch ihren Austritt aus der Koalition bzw. durch eine Parteispaltung die parlamentarische Mehrheit nicht mehr vorhanden ist. Aus verhandlungstheoretischer Perspektive würde jedoch ein Vorteil für eine solche fraktionalisierte Partei erwachsen. In Koalitionsverhandlungen könnte sie mit Verweis auf den innerparteilichen Flügel, der ideologisch dem Regierungspartner kritisch gegenüber steht, ein für sich besseres Verhandlungsergebnis erzielen. Im folgenden wird daher die Koalitions politik von FDP, VdU und FPÖ aus dem Blickwinkel der Dominanz der jeweiligen innerparteilichen Gruppen betrachtet, um dann die Erwartungen hinsichtlich der strategischen programmatischen Positionierung dieser Parteien zu formulieren.

#### 3.1. Die FDP im Spannungsverhältnis zwischen National-, Wirtschafts- und Linkliberalismus

Die Gründung der FDP 1948 stellte den Versuch dar, den seit 1866 in einen freisinnig-progressiven und nationalen Flügel gespaltenen deutschen Liberalismus in einer Partei zusammenzuführen (Lösche/Walter 1996, 6; Ditt-

berner 2005, 30). Die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen blieben jedoch bestehen, so dass die Entwicklung der Freien Demokraten entscheidend vom Gegensatz zwischen den zunächst drei Grundströmungen der Partei – dem bis 1956 in die Partei integrierten national-konservativen, dem gemäßigt nationalen, mehr wirtschaftsliberal orientierten sowie dem freisinnig-linksliberalen Flügel – geprägt war (Hein 1985). Diese innerparteiliche Fraktionalisierung hatte Auswirkungen auf die Koalitionspräferenz der Liberalen (Kropp 1999, 51). Während die Nationalkonservativen die FDP als eine anti-sozialistische wie anti-klerikale Volkspartei etablieren wollten (Kaack 1979, 17f.; Lösche/Walter 1996, 28f.), waren die Wirtschaftsliberalen und der freisinnig-progressive Flügel mehr daran interessiert, aus den Freien Demokraten eine Funktionspartei zu machen, die einer der beiden großen Parteien zur Mehrheit verhilft (siehe Tabelle 1). Während für erstgenannte die Union der gewünschte Koalitionspartner war, stellte für den linksliberalen Parteiflügel auch ein Bündnis mit der SPD eine Option dar. Anknüpfungspunkte für eine solche Koalition waren zum einen gemeinsame Regierungen auf Landesebene, wie das von 1956 bis 1958 bestehende SPD/FDP-Bündnis in Nordrhein-Westfalen (Lösche/Walter 1996, 33). Zum andern bestanden programmatische Übereinstimmungen in gesellschaftspolitischen Fragen und im Bereich der Außen- und Deutschlandpolitik.

Insgesamt betrachtet bestimmte von 1961 bis zur Etablierung der Grünen auf Bundesebene 1983 die Rolle der FDP als Mehrheitsbeschafferin in einem Parteiensystem mit CDU/CSU und SPD als große Parteien das Bild, was auch durch das im deutschen Wahlrecht mögliche Stimmensplitting begünstigt wurde. Während die Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik in einer Koalition mit CDU/CSU genutzt werden konnte, um sich als Korrektiv zur politischen Mitte zu präsentieren, stellte in einer sozialliberalen Koalition die Wirtschafts- und Sozialpolitik den Bereich dar, mit dem die FDP auf ihre Ausgleichsfunktion hinweisen konnte. Dieses Muster wird auch deutlich, wenn man die von der FDP besetzten Kabinettsressorts be-

trachtet. So besetzte sie in fast allen von ihnen mitgetragenen Bundesregierungen entweder das Innen- oder das Justizministerium, wo gesellschaftspolitisch progressive Vorstellungen am ehesten implementiert werden können. Auch im sozioökonomischen Bereich konnte die FDP zwischen 1961 und 1966 sowie von 1969 bis 1998 nahezu durchgängig das Finanz- oder das Wirtschaftsministerium für sich reklamieren (Schindler 1999, 1031f.). Während für den wirtschaftsliberalen Parteiflügel zur Zeit der sozialliberalen Koalition letztgenanntes Ressort und deren Besetzung mit explizit marktwirtschaftlich-unternehmerfreundlich ausgerichteten Politikern entscheidend war, so konnten die Linksliberalen das Profil der FDP als Rechtsstaatspartei in Koalitionen mit der Union schärfen (Lösche/Walter 1996, 54f., 95).

Nach dem Verlust des pivotalen Status durch Veränderungen im Parteiensystem, verursacht durch das Hinzukommen der Grünen nach 1983 und der partiellen Etablierung der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) seit 1990, war die FDP gezwungen, sich gegenüber ihrem Koalitionspartner zu profilieren, um nicht nach dem Verlust der numerischen Schlüsselfunktion in einem Zweieinhalbparteiensystem auch noch ihre programmatische Pivot-Position abzugeben. Eine solche Profilschärfung wurde jedoch in der von 1982 bis 1998 bestehenden Koalition mit der CDU/CSU durch eine Reihe von Faktoren erschwert. Zum einen verließen nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition zahlreiche Anhänger dieses Bündnisses die FDP (Poguntke 1999, 233f.), so dass die Freidemokraten ihren linken Flügel nicht weiter als ernstzunehmendes Drohgebilde in den Koalitionsverhandlungen mit der Union einsetzen konnten. Zum andern etablierten sich die Grünen als gesellschaftspolitisch progressive Kraft, die zudem nach und nach von der SPD als koalitionsfähig angesehen wurden. Dies führte immer mehr zu einer Blockbildung in der Koalitionspolitik zwischen SPD und Grünen einerseits sowie Unionsparteien und Liberalen andererseits, was den Spielraum der FDP weiter eingrenzte. Letzteres wurde auch in der Ministerienverteilung in den christlich-liberalen Koalitionsregierungen unter Bundeskanzler

**Tabelle 1: Koalitionspräferenzen und Dominanz innerparteilicher Strömungen der FDP zu Bundestagswahlen, 1949-2002**

Bundestagswahl	Koalitionspräferenz der FDP	Dominanter Flügel auf Ebene der Parteilite
1949	CDU/CSU	national-/wirtschaftsliberal
1953	CDU/CSU	
1957	–	
1961	CDU/CSU	
1965	CDU/CSU	
1969	SPD	linksliberal
1972	SPD	
1976	SPD	ausgeglichene
1980	SPD	
1983	CDU/CSU	
1987	CDU/CSU	wirtschaftsliberal
1990	CDU/CSU	
1994	CDU/CSU	
1998	CDU/CSU	
2002	–	

Quellen: Kaack 1979, 11ff.; Lösche/Walter 1996, 24ff.; Rudzio 2002; Vorländer 2003, 110f.; Dittberner 2005, 31ff.

Helmut Kohl deutlich. So erhielt die FDP zwar das für sie zur Profilierung gegenüber der Union wichtige Justizressort. Dies wurde jedoch auf Druck der CDU/CSU wie des wirtschaftsliberalen Flügels innerhalb der FDP nicht mit dem sozialliberal ausgerichteten früheren Innenminister Gerhart Baum besetzt (Lösche/Walter 1996, 109; Kailitz 2001, 126f.). Erst mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wurde 1992 wieder eine Vertreterin des linksliberalen Freiburger Kreises Justizministerin. Dies deutet auf eine deutliche Minderung des Einflusses dieses Flügels in der FDP nach 1983 hin.

### 3.2. VdU und FPÖ – von der Dominanz des Deutschnationalismus über den Liberalismus zum Rechtspopulismus

Folgt man der Argumentation von Pelinka (2002, 87), so stellt die FPÖ und ihre historischen Wurzeln den Schlüssel zur Erklärung der Koalitionsbildung in Österreich dar. Während in Deutschland sich anhand der sozioökonomischen wie der religiösen Konfliktlinie eine gesellschaftliche Basis für originär liberale Parteien bilden konnte, entstanden aufgrund des

Österreich im 19. Jahrhundert prägenden ethnisch-sprachlichen Konflikts neben einer christlich-sozialen und einer sozialdemokratischen Partei deutschnationale Gruppierungen, in der liberale Strömungen die Minderheit darstellten (Steininger 1975, 165). Aufgrund deren sowohl auf politischer wie auch auf gesellschaftlicher Ebene voneinander separierten Koexistenz spricht Wandruszka (1954) von „Lagern“. Diese Struktur wird vielfach als Ursache für das Scheitern der von 1918 bis 1934 bestehenden „Ersten Republik“ und für die konkordanz- und proporzdemokratische Ordnung der „Zweiten Republik“ nach 1945 verantwortlich gemacht (Luther/Müller 1992, 8). Die Einsicht unter SPÖ und ÖVP nach 1945, dass die Konfrontation zwischen diesen beiden Lagern nach 1920 zum Ende der Demokratie in Österreich geführt hatte, wird als eine maßgebliche Erklärung für die Koalitionsregierungen dieser beiden Parteien und die Entstehung des Proporzsystems genannt (Lehmbruch 1967; Pelinka/Rosenberger 2000, 56f.). Die Gründe für den koalitionspolitischen Ausschluss der Nachfolgeparteien des „dritten Lagers“ sind ebenfalls in den 1920er und 1930er Jahren zu suchen. Zum einen wurden nach 1929 die Nationalsozialisten (NSDAP) zunehmend

die dominante Partei im deutschnationalen Lager (Pelinka/Rosenberger 2000, 25). Daher haftete dem VdU wie auch der FPÖ das Etikett der Nachfolgepartei der NSDAP an (Luther 1988, 217; Pelinka 1993, 11; Pelinka 2002, 76). Zum anderen kam es nach 1945 zur Etablierung eines österreichischen Nationalbewusstseins. Wollten nach 1918 alle Lagerparteien den Beitritt des deutschsprachigen Teils des untergegangenen Habsburger-Reiches zu der sich konstituierenden Weimarer Republik, so sah sich Österreich nach 1945 als erstes Opfer der nationalsozialistischen Aggression (Gerlich 1988, 248; Pelinka/Rosenberger 2000, 52f.). Aus dieser Perspektive war eine Regierungsbeteiligung einer in der Tradition des deutschnationalen Lagers stehenden Partei nicht denkbar.

Die Kenntnis dieser Kontextfaktoren ist notwendig, um einerseits zu erklären, warum VdU und FPÖ im Gegensatz zur FDP nicht Teil einer Regierungskoalition geworden sind, und andererseits um die strategische programmatische Positionierung dieser beiden Parteien im Zeitverlauf verstehen zu können. Während der 1949 gegründete VdU noch von einer liberal orientierten Parteilite dominiert war, gewann der deutschnationale Flügel immer mehr an Bedeutung, so dass sich der VdU 1956 auflöste und größtenteils in der von Deutschnationalen dominierten FPÖ aufging (Perchinig 1983, 78f.; Luther 1988, 220f.; siehe Tabelle 2). Vorrangiges Ziel des VdU wie auch der FPÖ war es, Teil der österreichischen Bundesregierung zu werden (Pelinka 1993, 15). Mit diesen Bemühungen einher ging der Liberalisierungskurs, der durch den von 1958 bis 1978 amtierenden FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter forciert wurde. Während bis in die 1970er Jahre hinein der deutschnational orientierte Parteiflügel die FPÖ dominierte, so konnten sich durch den sich in dieser Zeit vollziehenden Generationenwechsel immer stärker liberale Elemente durchsetzen, was in der Wahl Norbert Stegers zum FPÖ-Vorsitzenden 1980 seinen Höhepunkt fand (Luther 1995a, 549f.). Dies brachte den Freiheitlichen zwar eine innen- wie außenpolitische Aufwertung ein, führte jedoch noch immer nicht zum Ziel der Regierungsbeteiligung. Letzteres erreichten sie erst 1983, als nach einem kurzen

deutschnationalen Intermezzo unter dem Parteivorsitz von Alexander Götz (1978-79) die Liberalen in der FPÖ dominierten und mit der SPÖ die erste „kleine Koalition“ der Zweiten Republik bildeten. Nachdem die Freiheitlichen Stimmenverluste bei Landtagswahlen hinnehmen mussten und Umfragen sinkende Chancen für den Wiedereinzug in den Nationalrat vorhersagten (Pelinka 1993, 77f.), kam es 1986 zu einem Wechsel in der Parteiführung. Der zum deutschnationalen Flügel zählende Jörg Haider wurde neuer Vorsitzender. Die darauf folgende Aufkündigung der Koalition durch die SPÖ markiert den Beginn des Wandels der FPÖ zurück zu ihren deutschnationalen Wurzeln und macht des weiteren deutlich, dass nur auf Ebene der Parteilite sowie in einigen wenigen Landesverbänden sich liberale Positionen durchsetzen konnten, während offenbar ein Großteil der Parteibasis von den langjährigen Bemühungen der Parteiführung, welche die FPÖ als eine der FDP ähnlichen liberalen Partei zu etablieren versuchte, unerreicht blieb. Der Gesamtkurs der FPÖ und die den Nationalsozialismus verharmlosenden Äußerungen Haiders führten dazu, dass der liberale Parteiflügel 1993 die Freiheitlichen verließ und das „Liberale Forum“ (LIF) gründete (Pelinka 2003, 536).

Trotz der Auffächerung des österreichischen Parteiensystems – durch die parlamentarische Existenz der Grünen seit 1986 und des LIF von 1993 bis 1999 – war eine Alternative zum Regierungsbündnis von SPÖ und ÖVP bei gleichzeitigem Ausschluss der Freiheitlichen vom Koalitionsspiel nicht möglich. Aufgrund des Stimmenzuwachses der FPÖ zwischen 1986 und 1999 war deren Mandatsanteil in diesem Zeitraum so hoch, dass keine andere außer der Koalition aus SPÖ und ÖVP über eine parlamentarische Mehrheit verfügte. Somit profitierte die FPÖ von ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem großkoalitionären politischen System Österreichs, war aber aufgrund ihrer rechtspopulistischen Politikinhalte die Ursache dafür, dass die Koalition aus SPÖ und ÖVP bis zum Frühjahr 2000 bestehen blieb (Pelinka 2003, 536). Mit der Bildung der „schwarz-blauen“ Koalition ist – ähnlich wie in Deutschland – eine

**Tabelle 2: Koalitionspräferenzen und Dominanz innerparteilicher Strömungen von VdU und FPÖ zu Nationalratswahlen, 1949-2002**

Nationalratswahl	Koalitionspräferenz von VdU/FPÖ	Dominanter Flügel auf Ebene der Parteiliste
1949	SPÖ	liberal
1953	ÖVP	
1956	ÖVP	deutschnational
1959	ÖVP	
1962	ÖVP	
1966	SPÖ	
1970	ÖVP	
1971	SPÖ	
1975	SPÖ	
1979	ÖVP	
1983	SPÖ	liberal
1986	–	rechtspopulistisch
1990	–	
1994	–	
1995	–	
1999	–	
2002	ÖVP	

Quellen: Perchinig 1983; Luther 1988, 1995a, 1995b; Pelinka 1993, 15ff.; Pelinka 2002, 79; Hummer/Pelinka 2002, 507f.

Blockbildung im österreichischen Parteienwettbewerb zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits sowie SPÖ und Grünen andererseits erkennbar.

Zusammengefasst betrachtet lag der Unterschied zwischen diesen – aus parteisystemtheoretischer Perspektive betrachtet – *most similiar systems* vor allem im Bereich der Koalitionsbildung. Während in Deutschland die Bildung einer Koalition aus beiden großen Parteien auf Bundesebene die Ausnahme darstellte, war sie in Österreich aufgrund der Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit die Regel. FDP, VdU und FPÖ verfügten aufgrund der in beiden Ländern unterschiedlich stark prägenden *cleavages* nicht nur über eine ideologisch andere Grundausrichtung, sondern auch über innerparteiliche programmatisch heterogene Gruppen, die Einfluss auf die Koalitionsbildung nehmen konnten. So sollte die FDP aus Profilierungsgründen bei einer Koalitionspräferenz zur Union die Distanz im gesellschaftspolitischen Politikfeld zur CDU/CSU vergrößern, während sie bei einer beab-

sichtigten Koalition mit der SPD den Abstand zu den Sozialdemokraten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erweitern sollte. Dies sollte insbesondere dann der Fall sein, wenn zum entsprechenden Zeitpunkt der wirtschafts- bzw. linksliberale Parteiflügel nur einen geringen Einfluss innerhalb der FDP hatte und man ihn daher nicht als Drohpotential in den Koalitionsverhandlungen einsetzen konnte. VdU und FPÖ sollten sich hingegen programmatisch jeweils der großen Partei annähern, die vor den Nationalratswahlen am ehesten Interesse an der Bildung einer kleinen Koalition gezeigt hat. Jedoch sollte aus Rücksichtnahme auf den durchgängig starken, wenn auch nicht immer VdU und FPÖ dominierenden deutschnationalen innerparteilichen Flügel eine programmatische Annäherung in Fragen der Außenpolitik vermieden werden, da ansonsten – und wie 1986 geschehen – die Gefahr eines parteiinternen Machtwechsels drohte. Im Folgenden soll anhand einer empirischen Analyse der Wahlprogramme überprüft werden, ob diese Parteien ein solches Verhalten an den Tag legten.



#### 4. Empirische Betrachtung

Um letztgenannte Erwartungen zu testen, eignet sich das Datenmaterial des *Comparative Manifesto Project* (CMP; vgl. Budge et al. 2001), in dem auf Basis der jeweiligen Wahlprogramme die programmatischen Äußerungen der Parteien im Zeitraum von 1945 bis 2002 nach 56 *policy*-Kategorien vercodiert sind. Wahlprogramme haben die Eigenschaft, dass sie in der Regel zu jeder Wahl erscheinen, der Öffentlichkeit über Medien als Multiplikatoren die programmatischen Grundpositionen der Parteien vermitteln und – was hier von Bedeutung ist – innerparteilichen Konflikt berücksichtigen müssen sowie als Vorlage für mögliche Koalitionsverhandlungen verwendet werden können (Budge et al. 1994, 27).<sup>1</sup>

##### 4.1. Operationalisierung

Der im CMP-Datensatz vorhandene Links-Rechts-Index, in dem neben wirtschafts- und sozialpolitischen auch gesellschafts-, außen- und sicherheitspolitische Kategorien zusammengefasst sind, ist für die hier behandelte Fragestellung zu unspezifisch. Vielmehr gilt es, die für Deutschland und Österreich relevanten Politikfelder a priori festzulegen, um dann auf diesen Dimensionen die Positionen der Parteien separat für jede Wahl zu bestimmen. Dies ermöglicht die von Pappi und Shikano (2004) auf Basis des CMP-Datensatzes angewandte Form der Hauptkomponentenanalyse.<sup>2</sup> Im Gegensatz zu sonst mit diesen Daten angewandten dimensionsreduzierenden Verfahren (wie z.B. in Budge et al. 1987) findet bei dieser Vorgehensweise eine mehr theoriegeleitete und weniger explorativ orientierte Definition der salienten Policy-Dimensionen statt, die zudem eine Extraktion politikfeldspezifischer und für jeden Beobachtungszeitpunkt stabilen Parteipositionen leistet.<sup>3</sup>

Hinsichtlich der Definition der relevanten Politikfelder wird von der Vorgehensweise von Pappi und Shikano (2004) abgewichen, indem neben einem wirtschafts- und einem gesellschaftspolitischen Makropolitikfeld ein außen-

politisches konstruiert wird. Begründet wird dies zum einen mit zeithistorischen Faktoren. So waren vor allem in der Bundesrepublik Fragen der Westbindung sowie der Deutschland- und Ostpolitik koalitionspolitisch relevant (Rudzio 2002, 47). In Österreich ist die Bedeutung der außenpolitischen Dimension und der politischen Ämter, in der die Außenpolitik implementiert ist, deutlich geringer (Laver/Hunt 1992, 106, 141; Druckman/Warwick 2005, 37), jedoch aufgrund der deutschnationalen Elemente in der FPÖ-Programmatik hier von Relevanz. Die Zuordnung der CMP-Kategorien ist im Anhang wiedergegeben.

##### 4.2. Ergebnisse

Bei der Darstellung der Ergebnisse wird darauf verzichtet, die Positionen der Parteien auf der ersten Hauptkomponente aufzuführen, da nach der Rotation in allen Fällen hohe Ladungen erzielt werden.<sup>4</sup> Da ein einfacher Vergleich der Distanzen zu zwei aufeinander folgenden Wahlen nicht berücksichtigen kann, ob die Veränderung der FDP- bzw. VdU/FPÖ-Position ursächlich für eine Vergrößerung oder Verkleinerung war, wird hier von folgender Annahme ausgegangen: kleine Parteien schätzen anhand der vorhergehenden Wahlprogramme die Positionen der großen Parteien ab. Auf Basis dieser Kenntnis sollten sich die Freien Demokraten – je nach Koalitionspräferenz – von der entsprechenden Parteiposition entfernen. Hingegen sollten sich VdU und FPÖ auf die Position einer der beiden großen Parteien zu bewegen. Die Berechnung der Bewegungsrichtung  $r$  erfolgt nach der Formel

$$r_t = |x_{t-1} - y_{t-1}| - |x_t - y_{t-1}|,$$

wobei  $x$  für die Faktorladungen der kleinen und  $y$  für die der jeweiligen großen Partei steht. Ist diese Differenz positiv, so bewegt sich zum Zeitpunkt  $t$  Partei  $x$  auf die Position von Partei  $y$  im Vergleich zur vorhergehenden Wahl zu. Ist sie negativ, bewegt sich die kleine von der großen Partei weg.

Den Ergebnissen der Hauptkomponentenanalyse zufolge ist die FDP durchgängig die sozioökonomische Rechtspartei (siehe Tabelle 3). In der Gesellschaftspolitik nehmen die Liberalen fast immer – ausgenommen zu den Wahlen 1965 und 2002 – eine progressive Haltung ein. Auch nach der „Bonner Wende“ 1982 und der parlamentarischen Etablierung der Grünen verlor die FDP nicht ihre gesellschaftspolitisch linke Haltung, und dies trotz der Schwächung des linksliberalen innerparteilichen Flügels. Bei der Analyse der Parteipositionen zur Außenpolitik wird deutlich, dass SPD und FDP bis zur Wahl 1961 ähnliche außen- und deutschlandpolitische Positionen vertreten haben. Die Union war hingegen die Partei, die Westbindung und Wiederaufrüstung positiv hervorhob.

Wendet man diese politikfeldspezifischen Positionen der Parteien auf die eingangs beschriebenen an Politikinhalt ausgerichteten Koalitionstheorien an, so war in der wirtschafts- und sozialpolitischen Dimension in 12 von 15 Fällen die Distanz zwischen Union und FDP geringer als zwischen Sozialdemokraten und Liberalen. Gegeben die Annahme, dass numerisch kleine gegenüber großen Koalitionen in Deutschland präferiert werden und das sozioökonomische Politikfeld ausschlaggebend ist, hätte sich nach der Theorie des *closed minimal range* jeweils eine Koalition aus Union und FDP bilden müssen. Lediglich zu den Wahlen 1965, 1969 und 1980 war die Distanz der FDP zur SPD im Vergleich zum Abstand CDU/CSU-FDP kleiner. Dass sich zu den beiden zuletzt genannten Wahlen auch eine gemeinsame Regierung aus Sozialdemokraten und Liberalen formierte, ist somit keine Überraschung. Ein anderes koalitionspolitisches Bild ergibt sich, wenn man die Positionen auf den beiden anderen Politikfeldern betrachtet. So stand die FDP

in 12 Fällen gesellschaftspolitisch der SPD näher als den Christdemokraten. Auch in Fragen der Außenpolitik stimmte ihre Position mit der der Sozialdemokraten in elf Fällen eher überein als mit der Haltung der Union. Bezieht man die Parteipositionen auf den beiden zuletzt betrachteten Dimensionen in den Koalitionsbildungsprozess mit ein, dann bestätigt sich die Annahme über den pivotalen Status der FDP. Zwar standen die Liberalen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen der CDU/CSU ideologisch näher, jedoch existierte aufgrund vielfacher Übereinstimmungen in den beiden anderen relevanten Politikdimensionen eine Basis zwischen SPD und Liberalen, welche die sozioökonomischen Differenzen aufwiegen konnte.

Wie sind die programmatischen Positionen nun verhandlungstheoretisch zu interpretieren? Bei fünf von acht Bundestagswahlen, in der es eine Koalitionspräferenz der FDP zur Union gab, vergrößerte sie die programmatische Distanz in der Gesellschaftspolitik. Dies geschah insbesondere dann, als der national- bzw. wirtschaftsliberale Flügel in der Parteiführung dominierte. Dies deutet auf den Versuch der Liberalen hin, sich gegenüber CDU/CSU gerade dann in den Wahlprogrammen gesellschaftspolitisch progressiv zu positionieren, wenn man zum einen in den Koalitionsverhandlungen nicht auf den linksliberalen Teil der Partei verweisen konnte. Zum andern scheint diese Gegenpositionierung dazu zu dienen, um den jeweils schwächeren Parteiflügel nicht zu verlieren. Lediglich zu den Wahlen 1965, 1983 und 1994 trifft die Erwartung auf dem gesellschaftspolitischen Politikfeld nicht zu. Jedoch besaß der linksliberale Flügel der FDP 1994 mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eine Vertreterin seiner Interessen in einem gesellschaftspolitisch relevanten Ministerium, so dass eine gegenläu-

---

Anmerkungen zu Tabelle 3: Die konfliktäre Dimension ist jeweils grau hinterlegt. Durchschnittliche Varianzaufklärung durch die zweite bzw. durch die ersten beiden Hauptkomponenten: Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik: 20%/92%, Gesellschaftspolitik: 23%/95%; Außenpolitik: 20%/95%. Für den Fall, dass die Ladungen der Parteien spiegelverkehrt zur Links-Rechts-Anordnung lagen, wurde eine Multiplikation mit dem Faktor  $-1$  durchgeführt.

1 Für die Bundestagswahl 1949 ist eine Berechnung von  $r_1$  nicht möglich. Daher wird ein einfacher Vergleich der Distanz zwischen FDP-Union und FDP-SPD durchgeführt.

Quelle: eigene Berechnungen

Tabelle 3: Parteipositionen auf drei Makropolitikfeldern pro Wahl: Deutschland

Jahr	Politikfeld	Links-Rechts-Position (Faktorladung)					Taktische Entfernung der FDP (Prognose: $r_t \leq 0$ )	
		PDS	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU		
1949	Wirtschaft			-.68	.54	.41	0,13 < 1,22 <sup>1</sup>	
	Gesellschaft			-.49	-.43	.64	1,07 > 0,06 <sup>1</sup>	
	Außen			-.74	-.71	.76	1,47 > 0,03 <sup>1</sup>	
1953	Wirtschaft			-.48	.5	-.12	.04	
	Gesellschaft			.45	-.62	.59	-.19	
	Außen			-.32	-.09	.38	.62	
1957	Wirtschaft			-.74	.52	.49	keine Koalitionspräferenz der FDP	
	Gesellschaft			-.79	-.3	.76		
	Außen			-.54	-.13	.55		
1961	Wirtschaft			-.35	.35	.33	-.11	
	Gesellschaft			.54	-.78	.79	-.48	
	Außen			.0	-.4	.4	-.27	
1965	Wirtschaft			.36	.41	-.47	-.06	
	Gesellschaft			-.58	.61	.49	1.39	
	Außen			.38	-.26	-.39	.14	
1969	Wirtschaft			-.09	.41	-.41	0	
	Gesellschaft			.61	-.73	.74	1.04	
	Außen			-.43	-.6	.57	-.34	
1972	Wirtschaft			-.63	.64	-.44	-.23	
	Gesellschaft			.46	-.52	.41	.21	
	Außen			-.5	.57	-.6	-.83	
1976	Wirtschaft			-.4	.36	.15	.28	
	Gesellschaft			.02	-.25	.25	.27	
	Außen			-.47	.49	-.31	.08	
1980	Wirtschaft			-.33	-.16	.33	.52	
	Gesellschaft			.08	-.56	.56	-.31	
	Außen			-.53	-.32	.57	.81	
1983	Wirtschaft			-.67	-.23	.36	.7	.46
	Gesellschaft			-.36	.09	-.41	.44	.15
	Außen			-.69	-.43	-.37	.71	-.05
1987	Wirtschaft			-.62	-.1	.6	.01	.24
	Gesellschaft			-.42	-.51	-.55	.53	-.14
	Außen			-.75	.31	.01	.73	.38
1990	Wirtschaft	-.35	-.15	-.42	.59	.3	.01	
	Gesellschaft	-.73	-.82	-.68	-.59	.81	-.04	
	Außen	-.42	-.59	-.41	.27	.55	.26	
1994	Wirtschaft	-.53	-.51	-.29	.51	.42	.08	
	Gesellschaft	-.58	-.73	-.46	-.14	.69	.45	
	Außen	-.68	-.52	.26	.52	.71	.25	
1998	Wirtschaft	-.57	-.53	-.28	.69	.36	-.18	
	Gesellschaft	-.73	-.72	-.11	-.46	.78	-.32	
	Außen	-.3	-.45	.18	.18	.49	-.34	
2002	Wirtschaft	-.68	-.33	.18	.61	.6	keine Koalitionspräferenz der FDP	
	Gesellschaft	-.58	-.66	.18	.44	.64		
	Außen	-.33	-.5	-.13	-.26	.48		

Tabelle 4: Parteipositionen auf drei Makropolitikfeldern pro Wahl: Österreich							
Jahr	Politikfeld	Links-Rechts-Position (Faktorladung)				Taktische Entfernung VdU/FPÖ (Prognose: $r_t \geq 0$ )	
		Grüne	LIF	SPÖ	ÖVP		VdU/FPÖ
1949	Wirtschaft			-.68	.37	.61	1,05 > 0,24 <sup>1</sup>
	Gesellschaft			.59	.33	-.56	0,89 > 0,26 <sup>1</sup>
	Außen			-.71	.64	.65	1,35 > 0,01 <sup>1</sup>
1953	Wirtschaft			-.74	.12	.68	-.07
	Gesellschaft			-.56	.57	-.45	.11
	Außen			-.62	.53	.45	-.18
1956	Wirtschaft			-.66	.58	.23	.45
	Gesellschaft			-.69	-.73	.72	.87
	Außen			-.62	.53	.27	-.18
1959	Wirtschaft			-.57	-.01	.58	.35
	Gesellschaft			-.64	.39	.57	.15
	Außen			-.51	.78	-.62	-.89
1962	Wirtschaft			-.38	.65	.54	.04
	Gesellschaft			-.71	-.62	.68	-.11
	Außen			-.56	.43	.56	1.18
1966	Wirtschaft			.32	-.76	.65	-.11
	Gesellschaft			.65	.03	-.65	1.33
	Außen			-.39	.73	-.71	.97
1970	Wirtschaft			-.73	-.45	.79	-.14
	Gesellschaft			-.78	.73	.72	-.01
	Außen			-.49	.59	-.61	.1
1971	Wirtschaft			-.02	.58	-.57	1.36
	Gesellschaft			-	.31	-.31	1.03
	Außen			.45	.28	-.59	.02
1975	Wirtschaft			-.58	.36	.45	.08
	Gesellschaft			.06	.49	-.49	-
	Außen			.67	.65	-.73	-.14
1979	Wirtschaft			-.58	.58	.02	-.25
	Gesellschaft			-.55	.49	.48	.97
	Außen			.23	-	-.23	.5
1983	Wirtschaft			-.61	.61	.45	-.43
	Gesellschaft			-.57	-.06	.56	-.08
	Außen			.63	.67	-.68	-
1986	Wirtschaft	-.6		-.43	.76	.53	keine Koalitionspräferenz der FPÖ
	Gesellschaft	-.44		.06	.14	.45	
	Außen	.44		.08	-	-.46	
1990	Wirtschaft	-.63		-.38	.38	.64	keine Koalitionspräferenz der FPÖ
	Gesellschaft	-.59		-.3	-.16	.57	
	Außen	-.63		-.47	-.38	.6	
1994	Wirtschaft	-.65	.76	.29	-.6	.761	keine Koalitionspräferenz der FPÖ
	Gesellschaft	-.66	-.49	.47	.47	.75	
	Außen	-.58	-	-.35	-.54	.73	
1995	Wirtschaft	-.52	.61	-.46	.27	.66	keine Koalitionspräferenz der FPÖ
	Gesellschaft	.06	.26	.13	-.67	.64	
	Außen	.08	-	-.77	-.77	.75	

Jahr	Politikfeld	Links-Rechts-Position (Faktorladung)					Taktische Entfernung VdU/FPÖ
		Grüne	LIF	SPÖ	ÖVP	VdU/FPÖ	(Prognose: $r_t \geq 0$ )
1999	Wirtschaft	-.64		-.15	.49	.63	keine Koalitionspräferenz der FPÖ
	Gesellschaft	-.83		-.61	.53	.71	
	Außen	-.82		.44	.67	.76	
2002	Wirtschaft	-.2		.35	.48	-.38	-.73
	Gesellschaft	-.71		-.41	.53	.68	.03
	Außen	-.76		-.53	.09	.79	-.03

Anmerkungen: Die Positionen des von VdU/FPÖ präferierten Koalitionspartners sind grau hinterlegt. Durchschnittliche Varianzaufklärung durch die zweite bzw. durch die ersten beiden Hauptkomponenten: Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik: 27%/86%, Gesellschaftspolitik: 23%/93%, Außenpolitik: 26%/91%. Für den Fall, dass die Ladungen der Parteien spiegelverkehrt zur Links-Rechts-Anordnung lagen, wurde eine Multiplikation mit dem Faktor  $-1$  durchgeführt.

- 1 Für die Nationalratswahl 1949 ist eine Berechnung von  $r_t$  nicht möglich. Daher wird ein einfacher Vergleich der Distanz zwischen VdU-SPÖ und VdU-ÖVP durchgeführt.

Quelle: eigene Berechnungen.

fige Positionierung zum Koalitionspartner im Wahlprogramm nicht notwendig war. 1983 kann das Kräfteverhältnis aufgrund der Berücksichtigung des linksliberalen Flügels bei Wahlen zum FDP-Parteivorstand 1982 nach der „Bonner Wende“ noch als ausgeglichen gelten (Dittberner 2005, 68f.), so dass eine Profilierung gegenüber der Union nicht erforderlich erschien. Zudem bestand nach den vorhergehenden Landtagswahl Niederlagen der FDP die Gefahr, dass durch eine Profilschärfung eine notwendige Zweitstimmenunterstützung durch Unionsanhänger zur Bundestagswahl 1983 verhindert worden wäre. Die Erwartung hinsichtlich strategischen Verhaltens seitens der FDP bei einer Koalitionspräferenz zur SPD zeigt sich auch auf dem sozioökonomischen Politikfeld. Während sich die Liberalen während der linksliberalen Dominanz 1969 und 1972 von der SPD programmatisch entfernten, bewegten sie sich zu den Bundestagswahlen 1976 und 1980 wirtschaftspolitisch auf die SPD zu. Letzteres konnte sich die FDP zum einen aufgrund der Profilierungsmöglichkeit innerhalb der Regierung leisten. Zudem bewegte sich die FDP grundsatzprogrammatisch wieder hin zu sozioökonomisch klassisch liberalen Positionen, was an der Verabschiedung der „Kieler Thesen“ 1977 nach den reformerischen „Freiburger The-

sen“ von 1971 deutlich wurde (Dittberner 2005, 330ff.). Ein dritter Faktor ist die koalitionspolitische Öffnung der FDP innerhalb dieses Zeitraums auf Ebene der Bundesländer hin zur CDU, mit der sie 1977 im Saarland und in Niedersachsen eine Koalition bildete (Dittberner 2005, 55). Somit schien die FDP zu Beginn der sozialliberalen Koalition durch ihre taktische wirtschaftspolitische Entfernung gegenüber der SPD in ihren Wahlprogrammen nicht Gefahr zu laufen, ihren wirtschaftsliberalen Flügel zu verlieren. Andererseits kam sie so in eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der SPD.

VdU und FPÖ sind in der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Gegensatz zur FDP wesentlich seltener die Rechtspartei (siehe Tabelle 4). Gesellschaftspolitisch nahm der VdU 1949 und 1953 eine progressive Position ein. Jedoch war die Haltung der Freiheitlichen zu den Wahlen zwischen 1956 und 1962 eindeutig konservativ geprägt. Die Schwankungen der FPÖ-Positionen auf dieser Dimension begannen, als der Liberalisierungskurs durch die Parteispitze forciert wurde. Nach 1986 nimmt dann die FPÖ gesellschafts- wie auch wirtschaftspolitisch die Rechtsposition unter den österreichischen Parteien ein. In der Außenpolitik ist das dimensionsbestimmende Thema ab den 1970er Jahren die Diskussion um einen Beitritt zur Europäischen

Gemeinschaft. Auffällig ist, dass vor allem die FPÖ die europäische Einigung wie den internationalen Gedanken positiv hervorhebt. Dies kann zum einen als Versuch der Akzeptanzgewinnung angesehen werden. Ein anderer, an Perchinig (1983, 82) anschließender Erklärungsansatz wäre, dass sich hinter den Forderungen nach europäischer Einigung und internationaler Zusammenarbeit deutschnationale Elemente verbergen. Diese Argumentation würde dafür sprechen, dass die Positionen der Parteien auf diesem im Vergleich zu Deutschland weniger bedeutenden Politikfeld mehr dazu dienen, innerparteiliche Flügel programmatisch zu bedienen. Im Fall der FPÖ wären dies die Deutschnationalen, denen eine Kompensation zum Liberalisierungskurs der Gesamtpartei gewährt wird. Nach 1990 und dem Ende des Annäherungskurses an SPÖ oder ÖVP nimmt die FPÖ eine ablehnende Haltung gegenüber einem EU-Beitritt Österreichs ein.

Aus der Perspektive der *policy*-orientierten Koalitionstheorien hätte – unter Einbeziehung der in Österreich gängigen Koalition beider großer Parteien – auf der sozioökonomischen Dimension bei 12 von 17 Wahlen ein Bündnis zwischen ÖVP und VdU/FPÖ über die geringste Distanz verfügt. Hierunter fallen die Zeiträume zwischen 1949 und 1962 sowie zwischen 1983 und 1999. Lediglich 1959, 1970 und 2002 wäre die auf Grundlage der sozioökonomischen Parteipositionen zu erwartende Koalition ein Bündnis aus SPÖ und ÖVP gewesen. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen bildeten zu acht Wahlen eine Grundlage für die Koalition letztgenannter Parteien. In fünf Fällen, darunter 1999 und 2002, war die Distanz zwischen ÖVP und VdU/FPÖ am geringsten. Außenpolitisch wiesen Sozialdemokraten und ÖVP in sechs Fällen, darunter 1990, 1994 und 1995, die größten Übereinstimmungen auf, was in den genannten Jahren insbesondere mit der positiven Haltung beider Parteien gegenüber einem Beitritt Österreichs zur EU zusammenhing. Die Distanzen insbesondere auf der gesellschaftspolitischen Dimensionen zeigen die unterschiedliche ideologische Grundhaltung zwischen FDP auf der einen und VdU bzw. FPÖ auf der anderen Seite. Während die Freien Demokraten

gesellschaftspolitisch eine progressive Haltung einnahmen, wiesen die Nachfolgeparteien des „dritten Lagers“ in Österreich eine eher konservative und damit der Volkspartei näher stehende Position auf. Im Gegensatz zur FDP waren – auch unter Berücksichtigung der Parteipositionen in der Außenpolitik – VdU und FPÖ über weite Teile des Zeitraums nach 1949 zwar numerisch, jedoch nicht programmatisch in einer koalitionspolitisch pivotalen Position, da Übereinstimmungen mit der jeweils anderen großen Partei auf der zweiten oder dritten Dimension fehlten.

Die Erwartung einer strategischen Annäherung von VdU und FPÖ an die große Partei, die zur Bildung einer „kleinen Koalition“ bereit war, findet insgesamt betrachtet nur geringe Evidenz. Der Vorhersageerfolg für eine taktische Positionierung der FPÖ in Richtung ÖVP oder SPÖ tritt in wirtschaftspolitischen Fragen im Zeitraum von 1949 bis 1983 in fünf von elf Fällen ein. In der gesellschafts- wie der außenpolitischen Dimensionen ist der Vorhersageerfolg etwas besser. In sechs bzw. fünf von jeweils zehn Fällen bewegten sich VdU und FPÖ auf die Partei zu, die eine Bereitschaft zur Koalition erkennen ließ.<sup>5</sup> Dennoch fand bei jeder Wahl in diesem Zeitraum – abgesehen von den Nationalratswahlen 1949 und 1983 – auf zumindest einem der drei Politikfelder eine Annäherung an die zu einer kleinen Koalition bereite große Partei statt. Bezieht man die Dominanz der innerparteilichen ideologischen Flügel in die Analyse mit ein, dann fällt zunächst auf, dass die FPÖ sich außenpolitisch erst ab 1962 strategisch positioniert, während auf den beiden anderen hier untersuchten Politikfeldern bereits früher eine Annäherung an SPÖ oder ÖVP zu Tage tritt. Dies kann aus Rücksichtnahme auf den bis in die 1970er Jahre dominanten deutschnationalen Flügel geschehen sein. Nur zur Nationalratswahl 1971, als nach der einjährigen Tolerierung der SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ eine Koalition beider Parteien greifbar nahe war und nur durch den Gewinn der absoluten Mehrheit durch die SPÖ nicht zustande kam (Pelinka 2002, 77), ist eine programmatische Annäherung der Freiheitlichen auf allen Politikfeldern erkennbar. Zur

Nationalratswahl 1983 hingegen, als der liberale Flügel die FPÖ dominierte und eine Koalition mit der SPÖ seitens der Freiheitlichen präferiert wurde, bewegte sich die FPÖ in allen drei Politikbereichen von den programmatischen Positionen der Sozialisten weg. Dies ist wiederum mit der – 1986 durch die Wahl Haider zum Vorsitzenden der FPÖ deutlich gewordenen – Stärke des deutschnationalen Flügels innerhalb der Freiheitlichen erklärbar. Offenbar sollte eine SPÖ-FPÖ-Koalition durch eine programmatische Entfernung und Rechtspositionierung für den deutschnationalen Flügel erträglicher gemacht werden.

## 5. Schlussfolgerung

Eine empirische Analyse der Wahlprogramme ermöglicht – im Gegensatz zu statischen Ergebnissen von ExpertInnenbefragungen – das Nachzeichnen politikfeldspezifischer Positionen von Parteien im Zeitverlauf. Während die koalitionspolitisch pivotale Stellung der FDP im deutschen Parteiensystem bestätigt wurde, gilt dies nicht für VdU und FPÖ. Diese waren nicht nur sozioökonomisch, sondern auch gesellschaftspolitisch eine Rechtspartei. Gerade letztgenanntes hätte aber die Chance auf Bildung einer Koalitionsregierung mit der ÖVP erhöhen sollen. Dass diese jedoch nicht zustande kam, hängt mit den politisch-kulturellen Rahmenbedingungen zusammen, die Österreich nach 1945 prägten und eine Koalition der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ begünstigten.

Für die hier angewandten verhandlungstheoretischen Überlegungen und ihre Überprüfung reicht es nicht aus, Parteien als einheitliche Akteure zu betrachten. Die Einbeziehung innerparteilicher ideologischer Konflikträume in das Koalitionsspiel bietet einen Ansatz zur Erklärung, warum sich FDP, VdU und FPÖ nicht immer strategisch positionieren. Offenbar kann die Existenz von Parteiflügeln als eine Gelegenheit zum Erreichen einer strategisch günstigen Position in den Koalitionsverhandlungen eingesetzt werden. Im Fall von VdU und FPÖ musste hingegen immer – ausgenommen zur Wahl 1971 – auf den strukturell dominanten

deutschnationalen Parteiflügel Rücksicht genommen werden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die von Schelling (1963) beschriebene *strength of weakness* auch in Prozessen der Koalitionsbildung auftreten kann, insbesondere dann, wenn zumindest einer der beteiligten Akteure einen hohen Grad an ideologischer Heterogenität und innerparteilichem Konflikt aufweist. Dies kann mit Daten über programmatische Äußerungen in Wahlprogrammen freilich nur sehr bedingt untersucht werden. Hilfreich hierfür können zum einen neuere Methoden in der Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente sein, die es erlauben, die politikfeldspezifischen Positionen sowohl der Parteien als auch der innerparteilichen Akteure zu ermitteln (vgl. Laver et al. 2003; Bräuninger/Debus 2005; Gianetti/Laver 2005). Andererseits können auch qualitativ orientierte Fallstudien zu Koalitionsbildungsprozessen detaillierter beleuchten, inwiefern die Existenz innerparteilicher Strömungen als Mechanismus zum Durchsetzen programmatischer Vorstellungen eingesetzt wird (vgl. Timmermans 2003).

## ANMERKUNGEN

- 1 Zwar ist die auf den Annahmen der Salienztheorie fußende manuelle Analyseverfahren des CMP zunehmend in die Kritik gekommen (Laver 2001), was zur Entwicklung und Anwendung computergestützter inhaltsanalytischer Techniken führte (Laver/Gary 2000; Laver et al. 2003). Eine weitere Schwäche ist die anhand des Datenmaterials nicht mögliche Identifizierung der an der Formulierung des jeweiligen Wahlprogramms maßgeblich beteiligten innerparteilichen Gruppen, die – folgt man der Professionalisierungsthese Panebiancos (1988) – zunehmend an Einfluss gegenüber den Parteieliten eingebüßt haben. Dennoch stellt – insbesondere aufgrund des hier gewählten Untersuchungszeitraums – der CMP-Datensatz nach wie vor die beste Quelle zur Extraktion programmatischer Positionen von Parteien dar.
- 2 Die Vorgehensweise von Pappi und Shikano (2004, 16f.) beruht auf der transponierten Datenmatrix. Die programmatischen Positionen der Parteien werden durch den Wert der Faktorladungen auf der zweiten Hauptkomponente bestimmt. Zudem wird ein Rotationsverfahren angewandt, dass die Faktorladungen der ersten Hauptkomponente maximiert. Ich bedanke mich bei Susumu Shikano für die Zusendung des Rotations-Files.

- 3 Diese Stabilität liegt darin begründet, dass separat für jede einzelne Wahl und nicht nur für den gesamten Beobachtungszeitraum eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt wird.
- 4 Grundlage der Hauptkomponentenanalyse ist hier nicht wie bei Pappi und Shikano (2004) die Kovarianz-, sondern die Korrelationsmatrix. Bei der Verwendung der Kovarianzmatrix bleiben die im CMP-Datensatz gemessenen Salienzen bestehen, während sie bei Verwendung der Korrelationsmatrix wegstandardisiert werden. Da der Fokus hier auf der Extraktion politikfeldspezifischer Positionen und
- 5 nicht in der Analyse von Salienzen liegt, wird hier der Korrelationsmatrix der Vorzug gegeben. Das Wahlprogramm der SPÖ 1971 wies laut CMP-Datensatz keine gesellschaftspolitischen Nennungen und das der ÖVP 1979 keine außen- und sicherheitspolitischen Hervorhebungen auf. Daher kann für diese Politikfelder zu den Wahlen 1975 und 1983 keine Bewegungsrichtung der FPÖ berechnet werden. Das LIF musste wegen nicht vorhandener außenpolitischer Nennungen für den letztgenannten Politikbereich unberücksichtigt bleiben.

## ANNEX

## Einordnung der CMP-Kategorien in Makropolitikfelder

Makropolitikfeld	CMP-Kategorien
<b>Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik</b>	Freies Unternehmertum, Anreize für unternehmerische Tätigkeiten, Geregelter Kapitalismus, Wirtschaftliche Planung, Korporatismus, Protektionismus – positiv, Protektionismus – negativ, Wirtschaftliche Ziele, Keynesianische Nachfragerregelungen, Produktivität, Technologie und Infrastruktur, Zentrale Planwirtschaft, Verstaatlichung, Ökonomischer Konservatismus, Marxistische Analysen, Nachhaltiges Wirtschaften, Wohlfahrtsstaat – pro Expansion, Wohlfahrtsstaat – contra Expansion, Arbeitnehmer – positiv, Arbeitnehmer – negativ, Landwirtschaft und Landwirte, Alte und neue Mittelschicht
<b>Gesellschaftspolitik</b>	Gerechtigkeit, Nationale Lebensart – positiv, Nationale Lebensart – negativ, Traditionelle Moral – positiv, Traditionelle Moral – negativ, Recht und Ordnung, Soziale Harmonie, Multikulturalismus – positiv, Multikulturalismus – negativ
<b>Außen- und Sicherheitspolitik</b>	Spezielle auswärtige Beziehungen – positiv, Spezielle auswärtige Beziehungen – negativ, Anti-Imperialismus, Militär – positiv, Militär – negativ, Frieden, Internationalismus – positiv, Europäische Gemeinschaft – positiv, Internationalismus – negativ, Europäische Gemeinschaft – negativ

## LITERATURVERZEICHNIS

- Axelrod*, Robert (1970). *Conflict of Interest*, Chicago.
- Bräuningner*, Thomas/Marc Debus (2005). Intraparty Factions and Coalition Bargaining in Germany, ECPR Joint Sessions of Workshops, Granada, Spain, April 14-19, 2005, Granada.
- Budge*, Ian/David Robertson/Derek Hearl (Hg.) (1987). *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*, Cambridge.
- Budge*, Ian/Richard Hofferbert/Hans-Dieter Klingemann (1994). *Parties, Policies and Democracies*, San Francisco/Oxford.
- Budge*, Ian/Hans-Dieter Klingeman/Andrea Volkens/Judith Bara/Eric Tanenbaum (Hg.) (2001). *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors and Governments 1945-1998*, Oxford.
- De Swaan*, Abram (1973). *Coalition Theories and Cabinet Formation*, Amsterdam.
- Ditberner*, Jürgen (2005). *Die FDP: Geschichte, Personen, Organisationen, Perspektiven*, Wiesbaden.
- Dodd*, Lawrence C. (1976). *Coalitions in Parliamentary Government*, Princeton.
- Downs*, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Druckman*, James N./Paul V. Warwick (2005). The missing piece: Measuring portfolio salience in Western European parliamentary democracies, in: *European Journal of Political Research*, 44(1), 17-42.
- Fallend*, Franz (2001). Austria, in: *European Journal of Political Research*, 40(3-4), 238-253.
- Franklin*, Mark N./Thomas T. Mackie (1983). Familiarity and Inertia in the Formation of Governing Coalitions in Parliamentary Democracies, in: *British Journal of Political Science*, 13(3), 275-298.
- Gerlich*, Peter (1988). Nationalbewusstsein und nationale Identität in Österreich, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.): *Das österreichische Parteiensystem*, Wien, 235-269.
- Gianetti*, Daniela/Michael Laver (2005). Policy positions and jobs in the government, in: *European Journal of Political Science*, 44(1), 91-120.
- Hein*, Dieter (1985). *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949*, Düsseldorf.



- Hogwood, Patricia (1999). Playing To Win. Adapting Concepts of Rationality and Utility for the German Coalition Context, in: Roland Sturm/Sabine Kropp (Hg.): Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitions politik in Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden, 15–43.
- Hummer, Waldemar/Anton Pelinka (2002). Österreich unter EU-Quarantäne. Die Maßnahmen der 14 gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht, Wien.
- Jagodzinski, Wolfgang (1999). Der religiöse Cleavage in Deutschland und Österreich, in: Fritz Plasser et al. (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt am Main, 65–93.
- Kaack, Heiko (1979). Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim.
- Kailitz, Steffen (2001). Gerhart Rudolf Baum, in: Udo Kempff/Hans-Georg Merz (Hg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden, 124–128.
- Kropp, Sabine (1999). Strategisches Koalitions handeln und Koalitionstheorien. Konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung zur Untersuchung von Konflikt und Konsensbildung in Koalitionen, in: Roland Sturm/Sabine Kropp (Hg.): Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitions politik in Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden, 44–80.
- Laver, Michael/Ben W. Hunt (1992). Policy and Party Competition, New York/London.
- Laver, Michael/Kenneth A. Shepsle (1996). Making and Breaking Governments, Cambridge.
- Laver, Michael/Norman Schofield (1998). Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe, Ann Arbor.
- Laver, Michael/John Garry (2000). Estimating Policy Positions from Political Texts, in: American Journal of Political Science, 44(3), 619–634.
- Laver, Michael (2001). Position and salience in the policies of political actors, in: Michael Laver (Hg.): Estimating the Policy Positions of Political Actors, London/New York, 66–76.
- Laver, Michael/Kenneth Benoit/John Garry (2003). Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data, in: American Political Science Review, 97(2), 311–331.
- Laver, Michael/Kenneth Benoit (2005). Party Policy in Modern Democracies, London.
- Lehmbruch, Gerhard (1967). Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.
- Lipset, Seymour M./Stein Rokkan (1967). Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, 1–64.
- Lösche, Peter/Franz Walter (1996). Die FDP. Richtungstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt.
- Luther, Kurt R. (1988). The Freiheitliche Partei Österreichs: protest party or governing party?, in: Emil J. Kirchner (Hg.): Liberal Parties in Western Europe, Cambridge/New York, 213–251.
- Luther, Kurt R./Wolfgang C. Müller (1992). Consociationalism and the Austrian Political System, in: West European Politics, 15(1), 1–15.
- Luther, Kurt R. (1995a). Norbert Steger, in: Herbert Dachs et al. (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der zweiten Republik, Wien, 548–557.
- Luther, Kurt R. (1995b). Friedrich Peter, in: Herbert Dachs et al. (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der zweiten Republik, Wien, 43–445.
- Müller, Wolfgang C./Marcello Jenny (2004). „Business as usual“ mit getauchten Rollen oder Konflikt-statt Konsensdemokratie? Parlamentarische Beziehungen unter der ÖVP-FPÖ-Koalition, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33(3), 309–326.
- Panebianco, Angelo (1988). Political parties: organisation and power, Cambridge.
- Pappi, Franz U./Susumu Shikano (2004). Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung Nr. 76, Mannheim.
- Peleg, Bazalel (1981). Coalition formation in simple games with Dominant Players, in: International Journal of Game Theory, 10(1), 11–33.
- Pelinka, Anton/Fritz Plasser (1988). Compared to what? Das österreichische Parteiensystem im internationalen Vergleich, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien, 17–34.
- Pelinka, Anton (1993). Die kleine Koalition SPÖ-FPÖ 1983–1986, Wien.
- Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger (2000). Österreichische Politik: Grundlagen, Strukturen, Trends, Wien.
- Pelinka, Anton (2002). Koalitionen in Österreich: Keine westeuropäische Normalität, in: Sabine Kropp/et al. (Hg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen, 69–87.
- Pelinka, Anton (2003). Das politische System Österreichs, in: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen.
- Perchinig, Bernhard (1983). National oder liberal: Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hg.): Zwischen Koalition und Konkurrenz: Österreichs Parteien seit 1945, Wien, 69–90.
- Poguntke, Thomas (1999). Winner Takes All: The FDP in 1982–1983: Maximizing Votes, Office, and Policy?, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hg.): Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions, Cambridge, 216–236.
- Riker, William (1962). The Theory of Political Coalitions, New Haven.
- Rudzio, Wolfgang (2002). Koalitionen in Deutschland: Flexibilität informellen Regierens, in: Sabine Kropp

- et al. (Hg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen, 41–67.
- Schelling, Thomas C. (1963). *The Strategy of Conflict*, Cambridge.
- Schindler, Peter (1999). Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Band 1: Kapitel 1-6, Baden-Baden.
- Schofield, Norman (1995). Coalition Politics: A Formal Model and Empirical Analysis, in: *Journal of Theoretical Politics*, 7(3), 245–281.
- Steininger, Rudolf (1975). Polarisierung und Integration. Eine vergleichende Untersuchung der strukturellen Versäulung in den Niederlanden und in Österreich, Meisenheim.
- Strøm, Kaare/Wolfgang C. Müller (1999). Political Parties and Hard Choices, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hg.): *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*, Cambridge, 1–35.
- Timmermans, Arco (2003): *High Politics in the Low Countries. An Empirical Study of Coalition Agreements in Belgium and The Netherlands*, Aldershot.
- Van Deemen, Adrianus M. (1991). Coalition formation in centralized policy-games, in: *Journal of Theoretical Politics*, 3(2), 139–161.
- Von Neumann, John/Oskar Morgenstern (1944). *Theory of Games and Economic Behaviour*, Princeton.
- Vorländer, Hans (2003). Aufstieg und Niedergang einer Spaßpartei: Die FDP nach der Bundestagswahl 2002, in: Oskar Niedermayer (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002*, Opladen, 109–123.
- Wandruszka, Adam (1954). Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich Benedikt (Hg.): *Geschichte der Republik Österreich*, Wien, 289–546.

#### AUTOR

Marc DEBUS, Diplom-Sozialwissenschaftler, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz. Forschungsinteressen: Parteiengeschichte und Parteiensystementwicklung, Koalitionstheorien, Wahlforschung, Analyse legislativer Verfahren.

Kontakt: Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Fach D85, Universitätsstraße 10, D-78457 Konstanz.

E-mail: marc.debus@uni-konstanz.de